

Koalitions-Vertrag zwischen CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN im Rat der Stadt Hürth 2025-2030

Präambel

CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ihre erfolgreiche Zusammenarbeit in Hürth fortsetzen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass eine verlässliche Politik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, unsere Stadt nachhaltig voranbringt. Zahlreiche Projekte konnten in gemeinsamer Verantwortung umgesetzt werden – von Investitionen in Schulen und Infrastruktur bis hin zu einer Stadtentwicklung, die Lebensqualität und Klimaschutz miteinander verbindet.

In der neuen Wahlperiode wollen beide Partner diesen Weg fortsetzen und Hürth mit Mut, Gestaltungswillen und Augenmaß weiterentwickeln. Dabei stehen drei Leitgedanken im Mittelpunkt:

Verlässlichkeit: Entscheidungen sollen nachvollziehbar, solide und im Sinne des Gemeinwohls getroffen werden.

Nachhaltigkeit: Maßnahmen sollen ökologisch, ökonomisch, sozial und für den Klimaschutz verantwortbar sein.

Lebensqualität: Hürth soll eine Stadt bleiben, in der sich alle Menschen zuhause fühlen, in der Gemeinschaft gelebt und Zukunft gestaltet wird.

CDU und GRÜNE verstehen ihre Zusammenarbeit als verlässliche Partnerschaft für eine moderne, lebenswerte und klimafreundliche Stadt mit zukunftsfähiger Verkehrsinfrastruktur. Das gemeinsame Ziel ist eine Stadtentwicklung für die Menschen, die hier leben. Ein Bevölkerungswachstum soll maßvoll im Rahmen des Wohnbaulandkonzepts erfolgen, ohne dass Hürth seine Freiräume verliert. Eine Weiterentwicklung der Stadt soll baulich so erfolgen, dass die Ursprünge der Hürther Ortsteile erkennbar bleiben. Die Koalitionspartner sind sich ihrer Verantwortung für die kommenden Generationen bewusst.

Finanzen und Verwaltung

Die Koalitionspartner sind sich weiterhin einig, dass sie maßvoll mit den städtischen Finanzen umgehen werden. Hierzu gehören auch weiterhin die Bemühungen, bei Aufgaben, die zusätzlichen Aufwand erzeugen, eine Gegenfinanzierung zu prüfen.

CDU und Grüne wollen die Digitalisierung der Stadtverwaltung und von Services für Bürgerinnen und Bürger vorantreiben und erweitern, denn das steigert die Bürgerfreundlichkeit der Angebote und die Effizienz der Verwaltung.

Wohnen und Stadtentwicklung

Mit **Agora Hürth** entsteht im Herzen der Stadt ein neuer Ort der Begegnung im Sinne der „Dritten Orte“. Das Areal wird zu einem offenen Zentrum für Kultur, Bildung und Gemeinschaft mit Möglichkeiten für Veranstaltungen und Treffen von Vereinen und Initiativen entwickelt. Zur Finanzierung des wegweisenden Zukunftsprojekts für unsere Stadt sollen Fördermittel genutzt werden.

Die **Wohnraumentwicklung** soll ausgewogen gestaltet werden. Leitlinie bleibt das Wohnbaulandkonzept.

Daraus wird das **Gebiet Waldfrieden in Gleuel** in den kommenden Jahren entwickelt. Die Aufstellung des dafür notwendigen Bebauungsplans wird 2026 begonnen und nach Möglichkeit 2028 abgeschlossen. Die Wohnbebauung erfolgt sozial ausgewogen. Die Stadt wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie mindestens ein Drittel günstiger Wohnraum sichergestellt werden kann. Das Gesamtkonzept soll Quartiersparken und eine bilanzielle Klimaneutralität des Gebiets bei der Energieversorgung enthalten. Dabei wird unterstellt, dass die Fernwärme absehbar klimaneutral werden wird.

Die Koalition unterstützt die Weiterentwicklung des **Gründerquartiers Kalscheuren**. Die Aufstellung des Bebauungsplans soll im Sommer 2026 erfolgen. Ein Grundstück soll bevorzugt für ein Mehrgenerationenwohnen bereitgehalten werden und bei der Wohnbebauung soll günstiges Wohnen im Mittelpunkt stehen. Besonderes Augenmerk gilt der Schaffung einer Fläche für das Gemeinwohl, die als öffentlicher Treffpunkt genutzt werden kann.

Auf dem Gebiet des ehemaligen **Güterbahnhofs in Hermülheim** sollen die bestehenden Planungen um eine öffentliche Grün- und Erholungsfläche im Besonderen für die Nutzung durch Jugendliche erweitert werden.

Die Partner halten an einem ausgewogenen und vielfältigen Wohnungsangebot fest und wollen in diesem Sinne das Engagement der GWG Hürth weiter unterstützen. Dabei stehen sozialer Wohnungsbau und bezahlbare Mieten im Vordergrund.

Klimaschutz und Energieversorgung

Die Partner bekräftigen die bereits gefassten Beschlüsse zur Klimaneutralität von Stadt und Stadtwerken.

Die Stadt Hürth wird die **kommunale Fernwärme** konsequent weiterentwickeln. Bezahlbare Preise, aber gleichermaßen eine sichere Versorgung und die Klimarelevanz sind Kriterien bei der Entscheidung über die Wärmeenergieerzeugung. Das Preismodell für den Anschluss neuer Haushalte soll mit dem Ziel überprüft werden, ein attraktives Angebot zu machen. Ziel ist, ab 2030 eine nachhaltige Wärmeversorgung zu sichern, dies kann mit dem Auf- und Ausbau eigener Kapazitäten erfolgen. Die kommunale Wärmeplanung wird 2027 abgeschlossen, um den Bürgern und Bürgerinnen Planungssicherheit zu geben.

Photovoltaikanlagen auf kommunalen Gebäuden werden weiter ausgebaut. Dabei sollen die Dachflächen so weit ausgenutzt werden, wie eine wirtschaftliche Erzeugung möglich ist.

Die Stadtwerke Hürth werden als zentraler Akteur dieser Energie- und Wärmewende gestärkt. Dazu gehört der Aufbau einer zukunftsfähigen Führungsstruktur, die strategische und operative Verantwortung klar definiert und Innovationen fördert.

CDU und Grüne wollen Maßnahmen zur Anpassung an die Klimafolgen vorantreiben. Dafür sollen Elemente des Klimaschutz- und Anpassungskonzepts weiterentwickelt und umgesetzt werden. Neben konkreten Maßnahmen wie Hochwasser- und Hitzeschutz (z.B. Entsiegelung, Bachkonzept, Verschattung durch Bäume), für die entsprechende Mittel im Wirtschaftsplan der Stadtwerke eingestellt werden, soll zukünftig Klimafolgenanpassung verbindlich ein Untersuchungsgegenstand bei der Erstellung von Bebauungsplänen werden.

Die Koalition bekennt sich zur vorbereitenden Prüfung zur **Wiederverwendung der Baumaterialien** beim Abriss kommunaler Gebäude. Ziel ist ein sparsamer Umgang mit Ressourcen und die Reduzierung von Bauabfällen. Die Stadt Hürth soll künftig darauf hinwirken, dass Mehrwegsysteme verstärkt genutzt werden. Bei öffentlichen Veranstaltungen wird vertraglich mit den kommerziell tätigen Schaustellern festgelegt, dass **Mehrweggeschirr** benutzt werden muss. Auch bei Festen und Feiern, die von Ortsgemeinschaften und Vereinen veranstaltet werden, wird das Nutzen von Mehrweggeschirr unterstützt. Dazu wird es gezielte Informationen geben, die die Optionen aufzeigen.

Die Koalition will das **Gewässerkonzept** der Stadtwerke fortentwickeln und Maßnahmen zur Renaturierung und Verbesserung der Wasserqualität von Gewässern umsetzen. Zudem sollen Prozesse am **Wertstoffhof** und die Anfahrt optimiert werden, um die Kundenfreundlichkeit zu verbessern. Dabei sollen auch digitale Services zum Tragen kommen.

Im Straßenbild sollen die Standorte für **Altglascontainer** attraktiver gestaltet werden und sukzessive durch unterirdische Sammelbehälter ersetzt werden.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Stadtwerke wird gestärkt mit Veranstaltungen für Bürger und Bürgerinnen zu Themen wie Hochwasserschutz, Energieversorgung, Ökologie und Klimaschutz.

Lebensqualität und Freiräume

CDU und Grüne bekennen sich zu einer Stadtentwicklung, die den Erhalt und die Aufwertung von Freiräumen, Grünstrukturen und Erholungsräumen in den Mittelpunkt stellt. Lebensqualität entsteht dort, wo Natur, Freizeit, Kultur und Gemeinschaft miteinander verbunden werden.

CDU und GRÜNE begrüßen die Entwicklung des **Stadionparks** zu einem neuen Freizeit- und Bewegungsareal für alle Generationen. Hier soll ein vielfältiger Ort für Sport, Begegnung, Kultur und Erholung entstehen. Beide Parteien wollen sicherstellen, dass der Stadionpark langfristig gepflegt, nachhaltig unterhalten und als attraktiver Freizeitbereich sowie als grüne Lunge zwischen Hermülheim, Alt-Hürth, Alstädten-Burbach und Hürth-Mitte weiterentwickelt wird.

Beide Parteien bekennen sich zur Umsetzung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts (**ISEK**) **Alt-Hürth**. Die Projekte zur Aufwertung des Ortskerns werden fortgeführt, insbesondere mit Blick auf eine ausgewogene Verkehrsführung und eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität. Hierfür werden entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt. Die Erreichbarkeit von Geschäfts- und Gastlokalen – auch per Pkw – soll weiterhin gewährleistet sein. Bei den Beschlüssen soll der Fokus auf die Maßnahmen im Ortskern (Lindenstraße, Platz an der alten Synagoge, ehem. Kirmesplatz) gelegt werden.

Die Koalition prüft, wie Park- und Verkehrsflächen so gestaltet werden können, dass sie Anwohnerinnen und Anwohnern dienen, den Ortskern attraktiver machen, das alltägliche Leben dort aber nicht erschweren. Wegfallende Stellplätze im öffentlichen Raum werden weitestgehend kompensiert. Als zentrale Möglichkeit wird ein Grundstück an der Kranzmaarstraße für den Aufbau einer Parkpalette in den Blick genommen. Dadurch bleibt der Kirmesplatz erhalten. Dieser soll gemeinsam mit dem Platz an der alten Synagoge neu gestaltet werden.

Die Koalition hält an ihrer Bereitschaft fest, das **ehemalige Schwimmbad Alt-Hürth** bei Gelegenheit zurückzukaufen, sofern eine realisierbare und nachhaltige Folgenutzung gesichert ist und ein etwaiger Kaufpreis der Werthaltigkeit entspricht. Dabei sollen Nutzungen im Vordergrund stehen, die das Zentrum von Alt-Hürth beleben.

Die Parteien bekennen sich klar zum Grundsatz: **Keine Bebauung von Freiflächen** außerhalb der bestehenden Orte. Bestehende Grün- und Freiräume werden geschützt und – wo möglich – aufgewertet. Über die Baugebiete am Bahnhof Hermülheim und Am Waldfrieden in Gleuel hinaus sind für die kommende Wahlperiode keine weiteren, großflächigen Baugebiete geplant. Sollten in den Orten und Straßen mit dörflichem Charakter Maßnahmen zum Erhalt der dörflichen Struktur erforderlich werden, die über die Anwendung des § 34 BauGB nicht gewährleistet werden können, werden Bebauungspläne aufgestellt.

Die Freifläche neben der Gesamtschule entlang der Horbeller Straße soll dauerhaft als offener Landschaftsraum erhalten werden und nach dem Vorbild des Landschaftsparks Belvedere in Köln bis zum Bürgerpark als offener Grün- und Agrarraum mit hoher Naherholungsqualität gestaltet werden.

Mit entsprechenden planungsrechtlichen Entscheidungen wird die Grundlage hierfür geschaffen. Ein Teil des Streifens an der Sudetenstraße wird zunächst von neuen Festsetzungen bei der Bauleitplanung ausgenommen.

Die Freiflächen in der Hürther Grube werden erhalten. Planungsrechtliche Schritte, die diesem Ziel dienen, werden geprüft und umgesetzt. Die Koalition setzt sukzessive die Maßnahmen um, die im Grün- und Freiraumkonzept beschrieben. Um Stadtbäume möglichst langfristig zu erhalten, soll untersucht werden, ob die Pflanzgruben vorhandener Bäume vergrößert werden können.

Der Erhalt der Kirchwiese in Alstädten-Burbach bleibt gesichert. Auch die Fläche an der Ecke Ortshofstraße/Fuchsstraße in Kendenich soll durch eine Neugestaltung aufgewertet werden und so zum Verweilen einladen. Ebenso erfolgt eine Neugestaltung der Ecke Beseler Straße/Bachstraße in Efferen (sog. Goldenes Eck).

Verkehr und Mobilität zukunftsfähig gestalten

CDU und GRÜNE verfolgen das gemeinsame Ziel, die Mobilität in Hürth sicherer, klimafreundlicher und effizienter zu gestalten. Eine zukunftsfähige Verkehrspolitik berücksichtigt die Nachfrage der Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer und sorgt zugleich für verlässliche Nahverkehrsverbindungen zwischen den Ortsteilen. Beide Partner setzen auf den konsequenten Ausbau und die Sanierung des Radwegenetzes, um die beschlossenen Ziele des Klimaschutz- und Anpassungskonzepts zu erreichen.

Der Charakter Hürths als fahrradfreundliche Stadt wird weiterentwickelt, so dass das Radfahren sicher, attraktiv und alltagstauglich ist. CDU und GRÜNE wollen das bestehende Radwegenetz weiter modernisieren, Lücken schließen und sichere Querungen schaffen. Wo möglich, sollen Schutzstreifen auf Straßen, wo keine separaten Radwege oder kombinierte Geh-/Radwege geführt werden, und Radaufstellflächen an Kreuzungen mit Ampeln markiert werden. Die Problematik der unzureichenden Radwegzustände an Kreis- und Landesstraßen stellt ein großes Hindernis dar. Eine Schwachstellenanalyse soll den jeweiligen Entscheidungsträgern auf Kreis- und Landesebene überreicht werden.

Die Koalition fordert die **Sanierung des Radwegs** entlang der Landesstraße **Frechener Straße** im Bereich der Moschee.

Die Koalitionspartner bekennen sich zur Ertüchtigung und zum Lückenschluss des **Radwegs von Sielsdorf bis Haus Vorst**. Das Vorhaben ist ein zentraler Bestandteil des stadtweiten Radverkehrsnetzes und verbessert die Anbindung des Ortsteils an die Nachbarkommunen. Da Teile der Strecke außerhalb der städtischen Zuständigkeit liegen, wird die Stadt Hürth die Planung und Umsetzung in enger Abstimmung den betreffenden Nachbarkommunen vorantreiben. Ziel ist ein durchgängiger Radweg, der sowohl dem Alltagsverkehr als auch dem Freizeitverkehr dient.

Der **Lückenschluss zwischen Max-Planck-Straße und Jägerpfad** entlang der Umgehungsstraße wird nach Möglichkeit umgesetzt.

Ein wichtiger Schwerpunkt ist die Schaffung einer **Radwegeverbindung entlang der Bonnstraße in Fischenich**, die einen Anschluss an den Radweg entlang der Stadtbahnlinie 18 schafft. Dabei wird eine Planung angestrebt, die eine Kompensation für etwaig entfallende Stellplätze vorsieht.

Die **Umwandlung der Kochstraße in Efferen zur Fahrradstraße** soll geprüft werden, einschließlich einer Verlängerung Richtung Sportplatz Efferen über die Klosterstraße zur besseren Anbindung an bestehende Wege. Ein weitreichender Entfall von Stellplätzen soll dabei vermieden werden. An der bereits vereinbarten Prüfung zur Einrichtung einer Fahrradstraße auf der Lortzingstraße wird festgehalten, ebenso wie an der Vereinbarung, die Straße Zum Komarhof in eine Fahrradstraße umzuwandeln, wird festgehalten.

An stark frequentierten Wegen – insbesondere an der Lortzingstraße (Hermülheim) und In den Höhnen zwischen Efferen und Hermülheim – werden **Überwege** ertüchtigt, um die Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer zu erhöhen. Damit setzen CDU und GRÜNE ihr gemeinsames Ziel fort, sichere Schul- und Alltagswege zu schaffen.

Um die **Verkehrssicherheit** darüber hinaus insbesondere auf **Schulwegen** zu erhöhen, wollen die Koalitionspartner in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe bis zum Sommer 2026 Verkehrsstandorte identifizieren, die konkret auf Verbesserungen untersucht werden sollen.

Stadtweit soll geprüft werden, an welchen Orten zusätzliche **Fahrradabstellplätze** erforderlich sind und der Ausbau sinnvoll möglich ist. Dabei sollen nicht nur Bahnhöfe und Haltestellen, sondern auch zentrale Plätze und öffentliche Einrichtungen berücksichtigt werden.

Die Partner bekennen sich zu einem leistungsfähigen, klimafreundlichen und wirtschaftlich tragfähigen **öffentlichen Nahverkehr** in Hürth. Dabei soll das bestehende Angebot effizienter werden.

Angesichts steigender Betriebskosten streben CDU und GRÜNE eine Kompensation der Kostensteigerungen durch Optimierung der **Streckenführung, optimierte Umläufe, den Einsatz des Hüppers und organisatorische Effizienzsteigerungen** an. Dabei soll externe Beratung hinzugezogen werden, um die Organisationsstrukturen auf Einsparungspotenziale zu prüfen.

Es soll geprüft werden, wie Echtzeitinformationen über die Abfahrten der Busse in bestehende ÖPNV Handy-Apps integriert werden können.

Die Koalitionspartner wollen den Aufbau von **Mobilstationen** in Hürth vorantreiben. Diese sollen künftig an den Stadtbahnhaltestellen, dem DB-Bahnhof und zentralen Verkehrsknotenpunkten entstehen und verschiedene Verkehrsmittel gemäß dem Mobilstationskonzept miteinander verknüpfen. Insbesondere ist geplant, an diesen Stationen Fahrradabstellanlagen, Carsharing-Angebote und E-Ladestationen für Autos zusammenzuführen. Damit wird eine komfortable Kombination von Stadtbahn, Bus, Fahrrad und individuellem Verkehr ermöglicht.

Beide Koalitionspartner stehen hinter der **Verlängerung der Stadtbahnlinie 19** ins Hürther Zentrum. Damit wird eine zentrale Anbindung geschaffen, die den Verkehr im Stadtgebiet entlastet und die Attraktivität des ÖPNVs deutlich erhöht.

Darüber hinaus unterstützen CDU und GRÜNE die Einrichtung eines neuen **Stadtbahnhaltepunkts in Kalscheuren** mit einem P+R und B+R Parkplatz, um kurze Wege und bessere Verbindungen innerhalb der Stadt sicherzustellen.

Digitalisierung, barrierefreie Haltestellen und die intelligente Verknüpfung von Bus, Bahn und On-Demand-Angeboten wie dem „Hüpfer“ sind zentrale Bausteine der gemeinsamen Verkehrspolitik.

Zur bedarfsgerechten Ergänzung des Angebots für den ÖPNV wird ein **Fahrradverleihsystems** eingeführt. Zur Vorbereitung der Entscheidung über die Art des Systems wird zeitnah eine Prüfung der Optionen beantragt, deren Ergebnisse im Sommer 2026 vorgelegt werden. Die zu prüfenden Optionen umfassen zunächst Fahrradleihsysteme privater Anbieter, danach die Erweiterung des KVB-Rads oder des REVG-Rads auf das Hürther Stadtgebiet, sowie den Aufbau eines eigenen Systems mit Hilfe von Fördermitteln. Ein Ziel soll die nahtlose Nutzung in Nachbarkommunen, im Besonderen in Köln sein.

Sport, Kultur und Freizeit

Die Koalitionspartner verständigen sich auf einen Sanierungsplan für das **Familienbad**. Dabei soll ein Schwerpunkt die Einsparung von Energiekosten sein. Hierzu wird festgelegt, welche Maßnahmen unter Berücksichtigung der Amortisationsdauer mit welcher Priorität erfolgen sollen. Sie wollen ein Tarifmodell prüfen, das die Einnahmesituation und die Besuchersteuerung optimiert, um die Ertragssituation und die Personalsteuerung zu verbessern.

Zur Sicherstellung der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Familienbades halten die Koalitionspartner an der Erneuerung der Rutsche fest. Allerdings soll der bestehende Beschluss auf aktuelle Bedarfe und Kostenentwicklungen überprüft werden. Erstes Ziel ist die zügige Umsetzung zu vertretbaren Investitionskosten.

Der **Tennenplatz in Kendenich** wird in einen Kunstrasenplatz umgewandelt. Die aktuelle Platzgröße soll hierfür reduziert werden. Die Finanzierung erfolgt aus der Sportpauschale, die um die Grundstücksverkäufe am ehem. Sportplatz in Kalscheuren angereichert wird. Neben dem SV Kendenich soll der 1. FC Alt-Hürth eine Nutzungsberechtigung für den Platz erhalten. Bei der Sanierung sollen auch die Sportflächen für den Schulsport bedarfsgerecht modernisiert werden. Auf der durch die Verkleinerung des Fußplatzes entstehende Fläche soll ein zusätzliches, öffentlich zugängliches Angebot für Sporttreibende (z.B. ein Basketballfeld) geschaffen werden.

Um langfristig die wiederkehrenden Sanierungen von Sportplätzen finanziell zu sichern, wird mit dem Sanierungsbeschluss ein Konzept für die angemessene Beteiligung der nutzenden Vereine beschlossen.

Die Möglichkeit der Anlage einer **Bolzfläche** im Bereich des Schulzentrums an der Sudetenstraße sowie einer Bolzfläche oder anderer Sport- und Freizeitangebote insbesondere für Jugendliche am Kiebitzweg soll geprüft werden. Alternativ zum Standort Kiebitzweg soll die Grünfläche südlich der Bürgergärten in den Höhnen geprüft werden.

Karnevalszüge sollen weiterhin finanziell unterstützt werden. Die Koalitionspartner sehen die Kostensteigerungen der letzten Jahre, denen mit erhöhten Zuschüssen Rechnung getragen werden soll. Bei den Hürther Karnevalsumzügen handelt es sich um Veranstaltungen ehrenamtlicher Vereine und Vereinigungen, die sehr viele Zuschauerinnen und Zuschauer im Stadtgebiet anziehen. Die erhöhte Kostenbeteiligung kommt so letztlich den Bürgerinnen und Bürgern zugute.

Gemäß der Ergebnisse des ISEKs Hermülheims wird die Gestaltung des **ehemaligen Bahnhofsgebäudes** als Kultur- und Gastronomiestätte festgeschrieben.

Die Koalitionspartner bekennen sich zur Realisierung des Industrie- und Gewerbegebiets „**Villepark**“ (vormals: Barbarahof), die sie im Rahmen der Zuständigkeiten konstruktiv begleiten werden.

Mit der Entwicklung des Areals auf der ehemaligen Kiesgrube in Kalscheuren soll zukunftsorientierten Technologieunternehmen und Startups Möglichkeiten gegeben werden, sich in einem Digitalpark am Standort Hürth zu etablieren. Der **Digitalpark** soll eng an die Angebote des AI Village und des Gründer- und Technologiezentrums St@rt Hürth angebunden werden, deren Engagement wir langfristig sichern wollen. Das Beratungs- und Gründungsangebot der St@rt Hürth GmbH ist einzigartig im Rhein-Erft-Kreis und schafft optimale Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Entwicklung der Unternehmen vor Ort.

Der Schutz von Amphibien soll bei der Entwicklung des Gewerbegebiets hinter dem Kalscheurener Bahnhof berücksichtigt werden.

Schule und Bildung

Die Partner bekennen sich zu einer wohnortnahen und dynamischen Bildungspolitik. Der **Schulentwicklungsplan** bildet die Grundlage für die nächsten Jahre. Beide Partner sind sich einig, dass die größte Herausforderung darin besteht, den vorübergehenden Anstieg der Schülerzahlen mit Augenmaß und langfristiger Perspektive zu bewältigen.

Zusätzliche **Räume und Kapazitäten** sollen dort bedarfsgerecht geschaffen werden, wo sie nötig sind. Für die Wahlperiode bis 2030 wollen die Partner die Sanierung und Modernisierung der Brüder-Grimm-Schule sowie die räumliche Erweiterung und energetische Sanierung am Albert-Schweitzer-Gymnasium angehen. Bei vorübergehenden Erweiterungen anderer Schulstandorte sollen langfristige Überkapazitäten vermieden werden.

Mit dem **Medienentwicklungsplan** sind die richtigen Weichen für die digitale Bildung gestellt. Die Umsetzung des Bocholter Modells zur Ausstattung mit Endgeräten wird kontinuierlich evaluiert und kritisch begleitet, um Technik, Didaktik und Chancengerechtigkeit im Blick zu behalten.

Besonderes Augenmerk gilt der **Deutschherrenschule**, die mit Hilfe der Startchancen-Fördermittel gestärkt und zu einem modernen, leistungsfähigen Bildungsstandort entwickelt werden soll.

Die Partner setzen sich dafür ein, dass die **Hauptschule** Teil des Schulsystems in Hürth bleibt. Notwendige Sanierungsarbeiten am Gebäude in Kendenich werden durchgeführt, um die Attraktivität der Hauptschule zu sichern.

Für die angespannte Situation beim Mittagessen der Schülerinnen und Schüler an der Bodelschwingh-Schule soll eine Lösung gefunden werden.

Das Prinzip „**kleine Beine – kurze Wege**“ bleibt handlungsleitend: Kinder sollen dort lernen können, wo sie leben.

Jugendarbeit

Die Koalition will einen Schwerpunkt auf die Weiterentwicklung der Jugendarbeit setzen. Die bisherigen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sollen unter einer gemeinsamen Strategie und einer einheitlichen Dachmarke gebündelt werden.

Im Vordergrund soll stehen, wie mit den bestehenden Ressourcen mehr Kinder u. Jugendliche bei hoher Angebotsqualität erreicht werden können.

Soziales und Zusammenleben

In Zusammenarbeit mit der VHS sollen zusätzliche Sprachkurse zum niedrighschwelligem Erwerb der deutschen Sprache angeboten werden, die insbesondere Menschen mit Berufstätigkeit einen Zugang ermöglichen. Angestrebt wird zudem eine Wohnungsvermittlungsinitiative für wohnungslose Personen, die in städtischen Unterkünften untergebracht sind. Dies soll durch Beauftragung eines externen Trägers (z.B. Kooperation mit SKM – Sozialdienst kath. Männer) erfolgen.

CDU und Grüne sind sich einig, dass Angebote zur Kinderbetreuung bedarfsgerecht ausgebaut werden und die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Platz im offenen Ganztage der Grundschulen sichergestellt bleibt.

Die Parteien sind sich einig, dass die Angebote der Musikschule, der VHS und der Stadtbücherei wertvoll für die Stadtgesellschaft sind und weitergeführt werden sollen. Die Förderung von sozialen Initiativen und Vereinen wird im Rahmen der bereits beschlossenen Sozialförderrichtlinie fortgeführt.

Sicherheit und Ordnung

Unter den Koalitionspartnern besteht Einigkeit zur Modernisierung der Feuerwache in Gleuel. Eine gut ausgestattete Feuerwehr und ein leistungsfähiger Rettungsdienst sind wichtige Säulen für den Schutz aller Bürgerinnen und Bürger.